

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Vorwort</i>	VI
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XIII

Teil 1

Allgemeine Grundfragen

A. Einführung	1
B. Bedeutung der Gewinnabschöpfung für den Beschuldigten	3
C. Konsequenzen für die Verteidigung und Mandatsübernahme	4
I. Allgemeines	4
II. Mandat und Unternehmen	5
III. Nebenklage und Adhäsion	6
IV. Honorarfragen und Pflichtverteidiger	7

Teil 2

Verfahrensregelungen gemäß §§ 111b ff. StPO zur vorläufigen Sicherung von Vermögenswerten

A. Einleitung	9
B. Die unterschiedlichen Fallgruppen vorläufiger Vermögenssicherungsmaßnahmen	11
I. Charakter und Zweck der vorläufigen Vermögenssicherung	11
II. Fallgruppen	13
1. Sicherung durch Beschlagnahme	13
2. Sicherung durch dinglichen Arrest	13
3. Rückgewinnungshilfe im Wege der Beschlagnahme oder des dinglichen Arrestes	13
C. Die Sicherstellung von Gegenständen durch Beschlagnahme gemäß §§ 111b Abs. 1, 111c StPO	14
I. Sicherstellung von dem Verfall oder der Einziehung unterliegenden Gegenständen	14
II. Die Anordnungsvoraussetzungen	16
1. Wahrscheinlichkeit der Rechtsfolge nach Abs. 1	16

2. Sicherungsbedürfnis und Legalitätsgrundsatz	21
3. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	21
III. Entsprechende Geltung der §§ 102-110 StPO gemäß § 111b Abs. 4 StPO	22
IV. Anordnung der Beschlagnahme	23
1. Anforderungen an die Beschlagnahmeanordnung	23
a) Zuständigkeit	23
b) Form und Inhalt	24
c) Bekanntmachungspflicht	24
2. Bestätigung nichtrichterlicher Anordnungen nach § 111e Abs. 2 StPO	25
3. Aufhebung der Beschlagnahmeanordnung	27
4. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel bei der Anordnung der Beschlagnahme	28
V. Durchführung der Beschlagnahme	29
1. Zuständigkeit für die Durchführung	29
a) Zuständigkeit für die Durchführung der Beschlagnahme beweglicher Sachen	29
b) Zuständigkeit für die Durchführung der Beschlagnahme von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	29
c) Zuständigkeit für die Durchführung der Beschlagnahme von Forderungen und anderen Vermögensrechten	30
d) Zuständigkeit für die Durchführung der Beschlagnahme von Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen	30
2. Art und Weise der Durchführung der Beschlagnahme	30
a) Bewirkung der Beschlagnahme bei beweglichen Sachen ..	31
b) Bewirkung der Beschlagnahme bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	32
c) Bewirkung der Beschlagnahme bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	32
d) Bewirkung der Beschlagnahme bei Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen	33
3. Wirkung der Beschlagnahme	33
a) Das relative Veräußerungsverbot des § 111c Abs. 5 StPO ..	33
b) Insolvenzverfahren und Vermögensbeschlagnahme	34
4. Rückgabe und Weiterbenutzung beschlagnahmter beweglicher Sachen	38
5. Notveräußerung nach § 111l StPO	41
6. Rechtsmittel gegen die Art und Weise der Vollstreckung	45
VI. Die Beschlagnahme von Schriften nach §§ 111m, 111n StPO als Sonderform der Sicherstellung	47
1. Die Beschlagnahme eines Druckwerks oder einer sonstigen Schrift nach § 111m StPO	47

2. Anordnung und Aufhebung der Beschlagnahme eines Druckwerks nach § 111n StPO	50
VII. Checkliste zur Sicherung durch Beschlagnahme gemäß §§ 111 Abs. 1, 111c StPO	54
D. Der dingliche Arrest zur Sicherung des Verfalls von Wertersatz und der Einziehung von Wertersatz	55
I. Anwendungsbereich	56
II. Voraussetzungen der Anordnung	56
1. Zuständigkeit für die Anordnung	56
2. Allgemeine Voraussetzungen	57
a) Der Arrestanspruch	57
b) Ermessensentscheidung und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	58
3. Besonderer Inhalt des dinglichen Arrestes nach § 111d Abs. 2 StPO	59
a) Arrestgrund	59
b) Weitere besondere Voraussetzungen der Arrestanordnung	62
III. Dauer der Arrestanordnung und der Arrestvollziehung	64
IV. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel gegen die Anordnung des dinglichen Arrestes	66
V. Vollziehung des dinglichen Arrestes	67
1. Zuständigkeit für die Vollziehung des dinglichen Arrestes ...	67
a) Zuständigkeit für die Vollziehung des dinglichen Arrestes in bewegliche Sachen	67
b) Sonstige Zuständigkeiten bei der Vollziehung des dinglichen Arrestes	69
2. Art und Weise der Vollziehung des dinglichen Arrestes	70
a) Bewegliche Sachen	70
b) Schiffe/Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge	70
c) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	71
d) Forderungen und andere Vermögensrechte	71
3. Rechtsmittel gegen die Art und Weise der Vollziehung des dinglichen Arrestes	71
VI. Checkliste zum dinglichen Arrest zur Sicherung des Verfalls von Wertersatz und der Einziehung von Wertersatz	72
E. Die Zurückgewinnungshilfe	72
I. Anwendungsbereich und Zweck der Zurückgewinnungshilfe ...	72
II. Die Entstehung sogenannter Abschöpfungslücken	73

III. Die Neuregelung durch das „Gesetz zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe und der Vermögensabschöpfung bei Straftaten“ im Wege des sog. Auffangrechtserwerbs des Staates	75
IV. Beendigung der Streitigkeit hinsichtlich des § 111i StPO a.F. (Aufrechterhaltung der Beschlagnahme zugunsten des Verletzten)	79
V. Ausübung pflichtgemäßen Ermessens	84
VI. Bekanntmachung nach § 111e Abs. 3, 4 StPO	86
VII. Sicherung der Befriedigung von Ansprüchen des Verletzten nach §§ 111g, 111h StPO	89
1. Die Problematik einer analogen Anwendung der §§ 111g, 111h StPO a.F. im Fall des Zugriffs des Verletzten auf durch dinglichen Arrest sichergestelltes bewegliches Vermögen, sichergestellte Forderungen und Vermögensrechte	89
2. Die Neuregelung des § 111g StPO	92
3. Die vorrangige Befriedigung von Ansprüchen des Verletzten nach § 111h StPO	96
VIII. Rückgabe beweglicher Sachen an den Verletzten nach § 111k StPO	98
IX. Dinglicher Arrest und Vermögensbeschlagnahme gemäß §§ 111o, 111p StPO zur Sicherung einer Vermögensstrafe	103
X. Checkliste zur Zurückgewinnungshilfe	104

Teil 3

Materielle Voraussetzungen des Verfalls

A. Die strafrechtlichen Verfallsvorschriften (§§ 73 ff. StGB)	105
I. Voraussetzungen des Verfalls	106
1. Vorliegen einer rechtswidrigen Tat	106
a) Täter oder Teilnehmer	106
b) Vertreterklausel – § 73 Abs. 3 StGB	106
2. „Etwas Erlangt“ aus der Tat/für die Tat	107
a) § 73 StGB	107
b) § 73a StGB	110
c) § 73b StGB	112
II. Ausschluss des Verfalls (§ 73 Abs. 1 S. 2 StGB)	113
III. Verfall bei Nutzungen und Surrogaten (§ 73 Abs. 2 StGB)	115
1. Nutzungen	115
2. Surrogate	115
IV. Verfall bei Handeln für Dritte nach § 73 Abs. 4 StGB	115

V. Härtevorschrift des § 73c StGB	116
1. Allgemein	116
2. Berücksichtigung von Steuerlasten auf dem Vermögensanteil ..	117
VI. Erweiterter Verfall gemäß § 73d StGB	118
B. Gewinnabschöpfende Sanktionen im Ordnungswidrigkeitenrecht (§§ 29 ff. OWiG)	120
I. Voraussetzungen des Verfalls	121
1. Nichtfestsetzung einer Geldbuße	121
2. Etwas erlangt	122
3. Kausalität/Für die Tat oder aus ihr	123
4. Täter hat gehandelt (§ 29a Abs. 1 OWiG)/„Anderer“ hat gehandelt (§ 29a Abs. 2 OWiG)	123
II. Höhe des Verfalls	123
III. Ausschluss des Verfalls	125
IV. Verfassungsmäßigkeit	125
V. Sonstiges	126

Teil 4

Nebenklage und Adhäsion

A. Allgemeines	127
B. Die Nebenklage	128
I. Einführung	128
II. Die Voraussetzungen der Nebenklage	129
1. Die zum Anschluss berechtigenden Straftaten	129
a) § 395 Abs. 1 StPO	129
b) § 395 Abs. 2 StPO	130
2. Verhältnis zur angeklagten Tat	130
3. Verfolgbarkeit	131
III. Folgen des Anschlusses als Nebenkläger	132
1. Die nur feststellende Bedeutung des Zulassungsbeschlusses ..	132
2. Die Rechte des Nebenklägers	132
C. Das Adhäsionsverfahren	134
I. Allgemeines	134
II. Die Voraussetzungen des Adhäsionsverfahrens	135
1. Der Verletzte	135
2. Die Verfahrensmaximen im Adhäsionsverfahren	136
3. Adhäsionsverfahren und Insolvenz	137

Teil 5

Selbständiges Verfahren/Urteil Die Anordnung des Verfalls durch das Gericht

A. Allgemeines	138
B. Anordnung im Urteil oder Strafbefehl	139
I. Verfahren	139
II. Anordnung	142
III. Die Anordnung des erweiterten Verfalls gem. § 73d StGB	146
IV. Anfechtung der Anordnung	146
1. Rechtsweg	147
2. Isolierte Anfechtbarkeit	147
3. Einspruch	148
4. Berufung	148
5. Revision	148
C. Anordnung im Beschlusswege	149
I. Selbständiges Verfahren	149
1. Rechtsnatur der Maßnahme	149
2. Verfahren	149
II. Nachträgliche Anordnung	152
III. Anfechtung der Anordnung	152
<i>Literaturverzeichnis</i>	153
<i>Stichwortverzeichnis</i>	157